



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 25.09.2015

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Umwelt und Grün vom 15.09.2015**

öffentlich

**7.2 Kommunales Ökokonto für Köln
2351/2015**

RM Frau Welcker fragt namens der CDU-Fraktion kritisch nach, ob es tatsächlich so sei, dass diese Ökokonten so nicht eingerichtet werden können.

Sie möchte wissen, welche tatsächlichen Kosten entstünden, wo die Vorleistung tatsächlich nicht zu erbringen sei, ob Erfahrungswerte aus anderen Städten vorliegen, die solche Ökokonten eingerichtet haben, so dass sich z. B. Bauvorhaben durch deren Einrichtung beschleunigt hätten.

Sie bittet, die Mitteilung ebenfalls dem Stadtentwicklungsausschuss zur Kenntnis zu geben, da Ökokonten auch einen stadtpolitischen Planungszweck hätten.

Da in den nächsten Jahren viele Neubaugebiete ausgewiesen werden müssten, stelle sich die Frage, inwieweit man Planungsvorhaben auch durch das Vorhalten von Öko-konten beschleunigen könne.

SE Herr Schallehn vermisst eine Beschlussvorlage. Der Beschluss habe gelautet, dass ein Konzept erstellt werden solle. Stattdessen liege eine Stellungnahme der Verwaltung vor, dass sie das nicht für sinnvoll halte.

Stadtkämmerin Frau Klug erklärt, dass es sich hier zunächst um eine Zwischennachricht in Form einer Mitteilung handle, die die aktuellen Erkenntnisse widerspiegele. Die Verwaltung arbeite an der Erstellung einer endgültigen Vorlage.

Frau Klug dankt Frau Welcker für den Hinweis auf die strategische Bedeutung der nachhaltigen Landnutzung gerade in urbanen Zentren. Wichtig sei ein einheitliches Konzept innerhalb der Stadtverwaltung, das in den verschiedenen Ausschüssen mit einer gemeinsamen Perspektive diskutiert werde. Hierbei sei das Instrument „Ökokonten“ von großer Bedeutung.

Herr Liebmann führt ergänzend vor Augen, was die Einbeziehung der Bauleitplanung in die Planungsprozesse für Köln bedeute. Man müsse in diesem Fall größere Flächen vorhalten und ökologisch aufwerten, um Ökopunkte ansammeln und im Rah-

men der Planungsprozesse anbieten zu können. Aufgrund der Vielzahl der Planungen sei man gezwungen, große Flächen aus der bisherigen Nutzung herauszunehmen. Wenn man Grün- oder Brachflächen auswählen würde, kämen jedoch nicht genügend Punkte zusammen, um die zahlreichen Bauleitplanungen auszugleichen.

Bei der Auswahl von Bauflächen wiederum stoße man an strategische Fragen hinsichtlich der zunehmenden Flächenkonkurrenz in einer wachsenden Stadt. Daher blieben lediglich landwirtschaftliche Flächen übrig, die dann aus ihrer Nutzung herausgenommen werden müssten. Auch hier habe die Verwaltung aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen Probleme.

In diesem Abstimmungsprozess habe sich die Umweltverwaltung entschlossen, ein Konzept vorzustellen, in dem die Bauleitplanung zunächst ausgeklammert werde. Man beabsichtige, vorerst über Einzelvorhaben im Außenbereich, ein solches Ökokonto für Köln einzurichten, zu erproben, wie schnell sich solche Flächen füllen und aus diesen Erfahrungen möglicherweise weitere Schritte in Erwägung zu ziehen. Anschließend werde man das erarbeitete Konzept voll umfänglich in die Verwaltung geben, da es sich nicht nur um eine umweltfachliche, sondern auch um eine Sache der Stadtentwicklungs- Wirtschafts- und Liegenschaftspolitik handle.

RM Frau Welcker wendet ein, dass trotzdem für jedes Bauvorhaben ein Eingriffsausgleich hergestellt werden müsse. Bei jeder neuen Prüfung brauche man wesentlich länger. In Anbetracht der Wohnungsnot in Köln gehe es ja gerade um das Vorhalten von Flächen.

SB Herr Becker bittet die Verwaltung um eine Darstellung der Erfahrungen aus anderen Städten. Außerdem möchte er wissen, was die Verwaltung unter erheblichen Summen verstehe, auf die in der Mitteilung für die Vorfinanzierung (Anlage und Pflege) hingewiesen werde

SB Herr Dr. Albach weist darauf hin, dass es bei dieser Art der Vernetzung der Flächenpolitik weit über ein Ökokonto hinaus gehe und z. B. grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden müssen, wieviel Landwirtschaft man in Köln noch haben wolle. Er spricht sich eindeutig dagegen aus, den Landwirten Flächen wegzunehmen, nur um diese in Grünland umzuwandeln. Gegen eine Planung, wo was möglich ist, habe er nichts einzuwenden.

Herr Liebmann nimmt zu den Fragen und Kritikpunkten Stellung. Die Verwaltung werde einen Vergleich mit anderen Städten vorlegen und hinsichtlich der Kosten versuchen, die Dimensionen darzustellen. Dies sei Bestandteil der Vorlage.

Er wendet sich an Herrn Dr. Albach und betont, dass sein Argument genau der Grund für die Verwaltung sei, zunächst in kleinen Schritten zu beginnen, um nicht schon große Flächen anbieten zu müssen. Auch könne man nicht Pachtverträge, die über mehrere Jahre laufen, von jetzt auf gleich kündigen.

An Frau Welcker gewandt weist er darauf hin, dass in der Bauleitplanung der Eingriffsausgleich der Abwägung unterliege.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.